

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
3 (1889)**

22 (20.2.1889)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 " "
für 1 Monat 50 "
expl. Postbestellgeld.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolphstraße Nr. 1.

Zu viel des Guten.

Die winzigen Aenderungen, welche die Reichstags-Kommission für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter bei einigen Paragraphen des Gesetzesentwurfes zu Gunsten der Versicherten beschlossen hat, haben der kapitalistischen Presse Veranlassung gegeben, der nationalen „arbeiterfreundlichen“ Mehrheit im Reichstoge eine Epistel zu lesen.

Es heißt da: „Der Eifer für das Wohl der Arbeiter, welcher in den Kreisen der jetzigen nationalen Reichstagsmehrheit lebendig ist, hat sich in der Reichstagskommission für die Alters- und Invalidenversicherung einen besonders ausgedehnten Spielraum geschaffen. Allein zu § 7 der Vorlage sind nicht weniger als vierzehn verschiedene Anträge gestellt worden, welche sich alle in der Richtung bewegen, die Leistung der Versicherung zu erhöhen theils durch Verabreicherung der für den Beginn der Altersrente in Aussicht genommenen Altersgrenze, theils durch Gewährung einer Invalidenrente bereits bei dem Eintritt zur theilweisen, sogenannten Halb-Invaldität. Der humane, arbeiterfreundliche Gedanke, welcher in all diesen legislativischen Initiativvorgehungen hervortritt, ist unstreitig höchster Anerkennung werth, und doch muß man sich billig fragen, ob hier nicht des Guten zu viel gethan wird, ob nicht die rücksichtslose Verfolgung dieser Tendenz mehr Schaden als Nutzen stiften werde, in Erwägung nämlich, daß mit Sanktionirung des Inhalts solcher Anträge eine einwirkende gar nicht zu übersehende Steigerung der Belastung des gesamten wirtschaftlichen Organismus Hand in Hand gehen müßte. So wird man nicht verkennen dürfen, daß bei irrationaler Dotirung des alters- und invalditätsversicherten Arbeiters die Lohndruck, sich mittelst Simulation vorzeitig in den Genuß erhöhter Rentenbezüge zu setzen, entsprechend anwachsend wird, eine Eventualität, die um so schwerer ins Gewicht fällt im Hinblick auf den schon bei den Kranken- und Unfallversicherung so bedenklich hervorgetretenen Umfang dieses Uebels. Da durch vorzeitige Einstellung der Arbeitstätigkeit zahlreicher Individuen die nationale Erzeugung beeinträchtigt werden muß, so entstände hiermit ein weiterer, nicht gering zu veranschlagender Nachtheil für unsere Volkswirtschaft, aus welchem sich namentlich hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte verhängnißvolle Konsequenzen ergeben würden. Zwar könnte gegen die vorstehend skizzirten Befürchtungen die Bestimmung eingewendet werden, nach welcher der größere Theil der Last von den Arbeitern und den Arbeitgebern gemeinschaftlich zu gleichen Theilen getragen werden soll; wer aber bürgt dafür, daß nicht, wie es unseres Erachtens im Laufe der Zeit unfehlbar geschehen muß, der Beitrag des Arbeiters von diesem ab- und auf die Schultern des Arbeitgebers gewälzt wird? Denn in der Anschauung unserer Arbeiterklasse fällt unter den Begriff des „Arbeitslohnes“ nur das bare Entgelt, welches dem Arbeiter für seine Arbeitsleistung ausbezahlt wird; die für Kranken- und Unfall-, sowie späterhin für Alters- und Invalidenversicherung zu machenden Abzüge werden von den Arbeitern stillschweigend ignoriert und hindern ihn nicht einen Augenblick in dem Bestreben, durch Steigerung seiner Forderungen den Arbeitslohn wieder auf den vermeintlichen alten Stand, wo nicht noch darüber hinaus zu bringen. Wie wenig der Arbeiter solche Abzüge und die damit erworbenen Rechte schätzt, geht aus dem Umstande hervor, daß in den mit guten Pensionen, Wittwen- und Waisentafeln ausgestatteten Werken täglich Arbeiter, die jahrelang ihre Beiträge gezahlt haben, ganz geringfügiger Veranlassungen wegen ausreteten und ihre Beiträge und Rechte leichten Herzens aufgeben. Gewiß ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nichts gegen die fortgesetzte Vergrößerung des Antbeiles der Arbeiter an dem Ergebniß des produktiven Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit zu sagen — so lange sie nämlich nicht zur Ungerechtigkeit, zur Ueberbürdung und damit zum wirtschaftlichen Ruin der Arbeitgeber führt. Man soll nicht die Henne schlachten, welche die goldenen Eier legt, und soll nicht, aus überströmendem Eifer für das Wohl der Arbeiter, der deutschen Industrie Leistungen auspausen, unter welchen ihre Konkurrenzfähigkeit erliegen müßte. Die fremdliche Mitwirkung der Arbeitgeber zu der Verwirklichung des sozialen Reformgedankens innerhalb gesunder praktischer Grenzen hat es wohl verdient, daß man ihren wohlwolleneren Rathschlägen dasjenige Maß von Achtung und Beachtung zollt, auf welches sie kraft ihrer hervorragenden und einflußreichen Stellung im wirtschaftlichen Leben des deut-

ischen Volkes gegründeten Anspruch haben. Was sie nun hinsichtlich der gesetzgeberischen Verabsicherung der Alters- und Invalidenversicherung wünschen, ist das Festhalten an behutsamen Normen, ist die Vermeidung des Sprunges ins Dunkle, der hinter der Einführung solcher vager Begriffe als: „theilweise“, „Halbinvaldität“ in das Gesetz lauert, Begriffe, die zur Simulation geradezu anstacheln würden. Das Werk der sozialen Reform wird mit Recht von allen Patrioten, nicht zum Wenigsten von den Industriellen, als ein theures Vermächtniß Kaiser Wilhelms I. betrachtet, dessen pietätvolle Erfüllung eine Ehrenpflicht der Nation bildet. Aber der Eifer für das Wohl der Arbeiter soll nicht in Ungerechtigkeit und Härte gegen die Arbeitgeber ausarten, noch die Worte der Thronrede vergessen machen, nach denen man sich nicht der Hoffnung hingeben darf, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Noth der Zeit und das menschliche Elend gänzlich aus der Welt zu schaffen.“

So die Epistel. Offen gesagt haben wir von einem Eifer, für das Wohl der Arbeiter einzutreten, bei der Kartellmehrheit des Reichstags noch nicht das Geringste verspürt. Wenn man nach den mehr als genügenden Beweisen dafür, daß nur eine verschwindend kleine Zahl von Arbeitern das 70. Lebensjahr erreicht, die Altersgrenze auf 65 Jahre herabsetzt, so ist darin doch wahrhaftig kein besonderes Wohlwollen für die Arbeiter zu entdecken. „Zu viel des Guten“ soll das sein und zur Simulation soll es die Arbeiter verleiten, wenn man ihnen im Alter von 65 Jahren 20 oder 30 Pennige pro Tag zubilligt. Die nationale Erzeugung soll zum Nachtheil für die Volkswirtschaft beeinträchtigt werden, indem die Arbeiter sich früher in den Genuß der Rente setzen und durch vorzeitige Einstellung der Arbeitstätigkeit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in Frage stellen. Wer läßt da! Das Verlangen der Arbeiter, sich in „Genuß“ der Rente zu setzen, dürfte denn doch wohl ein recht bescheidenes sein. Und nun gar die „Beeinträchtigung der nationalen Erzeugung“ durch vorzeitige Einstellung der Arbeit seitens der altersschwachen 60jährigen Greise. Hat denn der Schlampeyer von Zeitungsschreibern nicht an die „Beeinträchtigung der nationalen Erzeugung“ gedacht, welche veranlaßt wird durch die infolge unserer herrlichen wirtschaftlichen Ordnung auf der Landstraße herumirrenden arbeitslosen „Bagabunden“, durch die in die Katernen zu Tausenden festgebundene Blüthe des Volkes, welche statt mit produktiver Arbeit mit Paradearbeit und Flintenputz beschäftigt wird? — Hat er auch nicht daran gedacht, daß unsere kapitalistischen Unternehmer dieser alten, ausgepreßten Arbeitskräfte gar nicht bedürfen und daß sie dieselben auch am liebsten gar nicht beschäftigen, wie in diesem Punkte ja auch die Staatsverwaltungen mit gutem Beispiele vorangehen, indem sie Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr in Arbeit nehmen? — Und da soll durch eine Rente von 20 bis 30 Pfg. eine frühzeitigere Einstellung der Arbeitstätigkeit der alten Reichrentner und eine Schädigung der Volkswirtschaft zu befürchten sein! —

Doch weiter: Wie sind die armen Unternehmer zu bedauern, welche sich von den Arbeitern die Beiträge für die „Sozialreform“ müssen aufhalten lassen. Bisher glaubten wir immer, das Umgekehrte wäre der Fall. Die Ungerechtigkeit der Ueberbürdung der Arbeitgeber, welche durch die übererfüllte Sorge der Kartellbrüdermajorität für das Wohl der Arbeiter zum wirtschaftlichen Ruin getrieben werden, ist grenzenlos! Bisher waren wir auch der Ansicht, daß die Arbeit die Henne sei, welche die goldenen Eier legt. Jetzt erfahren wir, daß es der kapitalistische Unternehmer oder dessen Geldsack ist. Nur schade, daß wenn die Herrn Unternehmer ihre Geldsäcke wohlverwahrt — bei Seite stellen, nach Jahr und Tag auch kein Deut von Nutzen derselben sich bemerkbar machen wird, daß von den „goldenen Eiern“ der Henne nichts zu spüren sein dürfte. Es bedarf erst der Befruchtung durch die Arbeit, um die goldenen Eier hervorzuzaubern. Die Arbeiter mögen aus diesem Herzenserguß entnehmen, wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit jener Herrn bestellt ist.

Politische Rundschau.

Bant, 16. Februar 1889.

Berlin. Wie die „Frei. Ztg.“ berichtet, hat Prof. Geffken am Tage nach der Besprechungsdebatte im Reichstoge eine Klage gegen den Reichsanwalt „wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und unbefugten Nachbruchs seines geistigen Eigentums“ anhängig gemacht. Dasselbe Blatt theilt sodann mit: „Geffken hat ein Werk: „Bismarck und das Reichsgericht“ unter der Feder, welches in einer Züricher Verlagsbuchhandlung baldigst erscheinen soll.“

— Der Rücktritt des Justizministers Dr. Friedberg erfolgte, wie der „Westphäl. Merkur“ berichtet, auf ein Schreiben des Fürsten Bismarck, welcher um Einreichung des Entlassungsgesuches ersucht hatte.

— Das Weisbuch über Samoa. Das dem Reichstoge am Freitag Abend zugegangene Weisbuch über Samoa läßt das unglückliche Gescheh von 18. Dezember in wesentlich anderem Lichte als bisher erscheinen. Der briefliche Bericht des deutschen Konsuls Dr. Knappe d. d. Apia, den 4. Januar, befindet, daß von einem „Ueberfall“, wie das erste Telegramm des Konsuls gemeldet hatte, oder von einem „unprovocirten Angriff“ oder „verderblichen Ueberfall“ der Samoaner, wie der Kanzler vom 13. Januar der englischen und amerikanischen Regierung mittheilte, nicht die Rede sein kann. Der Deutsche Konsul hatte vielmehr zum 18. Dezember die Mannschaften des deutschen Geschwaders requirirt, um „energische Maßregeln“ zu ergreifen, Mataafa mit Gewalt zur Entlassung zu zwingen und zur Entlassung seiner Leute. Nach vollzogener Entlassung derselben sollte dann der deutschfreundliche Häuptling Tamafese zur gleichen Maßnahme veranlaßt werden. Um zu verhindern, daß ein Theil der Leute Mataafas nach Apia entkomme, wurden 140 Mann vom deutschen Geschwader zur deutschen Pflanzung Lailele dirigirt. Bei dieser Landung wurden die Marinemannschaften von den Leuten Mataafas unter Führung des amerikanischen Zeitungsreporters Klein angegriffen und auf dem Wege zur Pflanzung erfolgten die bekannten Verluste. Am 12. November war der neue deutsche Konsul Dr. Knappe in Apia eingetroffen, am 21. November das deutsche Kanonenboot „Eber“ und am 14. Dezember die „Olga“. Der englische und der amerikanische Konsul sagten, daß die Mannschaften der „Olga“, auf Urlaub zu hundertem gelangt am 16. Dezember große Exzesse in Apia begangen hätten. Der deutsche Konsul erklärte dagegen, daß ein Amerikaner einen Streit mit den deutschen Matrosen vom Zaune gebrochen und demnach einen Angriff auf dieselben „durch die in Apia ansässigen Rebellen“ veranlaßt habe. Diese Vorverurtheilung und die sich häufenden Diebstähle und Eigentumsverletzungen auf deutschen Pflanzungen haben den Konsul veranlaßt, „nachdem drei deutsche Kriegsschiffe zur Verfügung standen, zu energischen Maßregeln zu schreiten.“ Die Uebergriffe der Leute von Mataafa seien die Folge davon gewesen, daß es mit der Macht des deutschfreundlichen Tamafese zu Ende ging, nachdem Mataafa von amerikanischen Handelsleuten neue Munition erhalten hatte. Ferner meldet der deutsche Geschwaderkommandant unter dem 23. Januar d. d. Apia, daß der englische und amerikanische Konsul dagegen protestirt haben, daß nach der deutschen Proklamation ihre Angehörigen unter Kriegsrecht fallen. Eine Note des Fürsten Bismarck vom 5. Februar an die deutsche Admiralität erkennt diesen Protest als gerechtfertigt an. Nur soweit Ausländer den Banden Mataafas beistehen, sollen sie „in den Wirkungsbereich der Aktion gegen diese herrenlose Friedensbrecher.“ Deutschland sei berechtigt, die Auslieferung der schuldigen Samoaner und das Auffuchen und Bestrafen derselben „durch unsere von ihnen angegriffene bewaffnete Macht zu verlangen, so weit und sobald man ihrer habhaft werden kann.“ Eine Anfrage des Konsuls vom 28. Dezember wegen Annetirung von Samoa hat der Kanzler dahin beantwortet, „daß die Annetirung wegen Abmachung mit England und Amerika selbstverständlich ausgeschlossen ist.“ Im Uebrigen enthält das Weisbuch in seinen 44 Aktenstücken auf 74 Seiten Berichte über die Vorgänge auf Samoa in den Jahren 1887 und 1888 vor den letzten Ereignissen.

— Schätzerne Empfehlung national-liberaler Ministerkandidaten. Eine Berliner Korrespondenz des „Hannoverschen Courier“ bemerkt sich, „der Verlegenheit abzuwehren, die geeignete Persönlichkeit für die Stelle des Herrn von Schelling“ im Reichsjustizamt zu finden. Das nationalliberale Blatt verlangt, daß namentlich in Bezug auf das neue bürgerliche Weisbuch in das Reichsjustizamt eintrete „der Geist der Wissenschaftlichkeit, nicht der Kultus unpraktischer Theorien, sondern derjenigen Wissenschaftlichkeit, die für das Leben und seine praktischen Bedürfnisse den offenen Blick hat, die „angewandte Wissenschaft“. „Es wird auf Männer wie Prof. Meyer-Zena oder wie Enneccerus hingewiesen, welche wohl im Stande sein würden, die Aufgaben des Reichsjustizamtes in einem Geiste zu lösen, wie er den Anforderungen unserer Zeit und unserer großen Volksgemeinschaft entspricht. Derartige Persönlichkeiten würden dem Reichsjustizamt auf dem Gebiete der deutschen Rechtsentwicklung diejenige führende Stellung zu sichern vermögen, zu welcher es sich unter seinen bisherigen Leitern nicht aufzuschwingen vermochte, und deren Fehlen schon so oft und bitter empfunden worden ist als eine Folge des Brauchs oder Mißbrauchs, die Leitung des Reichsjustizamtes lediglich

als eine Sprosse in der juristisch-bureaucratischen Stufenleiter anzusehen. — Die Empfehlung des Herrn Ennecerus zum Reichsjustizminister dürfte in allen Kreisen außerhalb der Nationalliberalen mit gebührender Heftigkeit aufgenommen werden.

— Auf die einfache Verlängerung des Sozialistengesetzes scheinen nunmehr bereits die Nationalliberalen zurückgekommen zu sein. Die Nationalliberalen heft hervor, daß die Partei keineswegs die Verpflichtung übernommen habe, die Initiative zu ergreifen zu einer überweltigen Lösung der Gesetzgebungsfrage. Am allerwenigsten ist ihr eingefallen, sich für das Betreten des gemeinrechtlichen Bodens zu engagieren. Im Gegentheil haben ihre Reiter diese Frage als zweifelhaft behandelt und sich den Weg des Spezialgesetzes ausdrücklich vorbehalten. Man sieht also, daß übernommene Verpflichtungen nicht vorhanden sind. So ist es recht.

— Die Beratung des Rechenschafts-Vertrages über den Belagerungsstand ist auf Wunsch der sozialdemokratischen Abgeordneten bis nach den Ferien vertagt worden. So berichtet die Kartellpresse. Das über wohl diejenige Zeit haben, welche der Meinung sind, daß die Mehrheitsparteien ein weit größeres Interesse an der Vertagung haben, weil sie einer Beratung des Rechenschaftsberichtes wegen ihrer unsicheren Position gegenüber dem Sozialistengesetz ausweichen wollten, beweist der Umstand, daß von verschiedenen Seiten die Frage der Fortdauer des Sozialistengesetzes jetzt einer Besprechung unterzogen wird. So hat ein national-liberales Licht, der Mainzer Rechtsanwält Hüb, eine Broschüre geschrieben, in welcher er die Frage der Einführung des Ausnahmegesetzes in das Allgemeine Recht spielend löst. Es sei erforderlich, daß nicht nur Der zu bestrafen sei, welcher „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich anreizt“, wie es in § 130 des Strafgesetzbuches heißt, sondern daß auch der agitatorischen Erzeugung feindseliger Gesinnungen innerhalb der Bevölkerung gegen den Staat mit Energie entgegengetreten werde. Auch müsse prinzipiell auf Gefängnis und nur event. auf Geldstrafe erkannt werden. Bezüglich der Angriffe auf die Gesellschaftsordnung will Dr. Hüb Ehe, Familie und Privatbesitz gleichfalls unter den Schutz einer besonderen Strafbestimmung stellen. Diefelbe würde zu lauten haben: „Mit der gleichen Strafe (wie § 130 des Strafgesetzbuches sie androht) wird bedroht, wer öffentlich, in Aergernis erregender Weise die Einrichtungen der Ehe, des Privatbesitzes oder der Familie schmätzt oder beschimpft; wird die Beschimpfung in einer öffentlichen Versammlung begangen, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.“ Das sind, abgesehen von weiteren, die Kräfte des Herrn Rechtsanwalts Dr. Hüb. Doch wir damit, blickt und verb. aber deutlich gesagt, nicht nur seinen Hund vom Dfen locken, sondern von Regen unter die Traufe kommen würden, ist auf den ersten Blick ersichtlich. Um nur auf eines hinzuweisen: Wie denkt sich der gelehrte Herr die „agitatorische Erzeugung feindseliger Gesinnungen innerhalb der Gesellschaft gegen den Staat?“ Wenn diese — Ummüggelanten Gesetz würden, dann — nun dann gute Nacht!

— Ein Verein für volkstümliche Wahlen hat sich nunmehr auch in Stuttgart gebildet. Im nächsten Berliner Reichstagswahlkreise will man in gleicher Weise vorgehen.

— Konfiszirt wurde das erste Blatt der Berliner „Volkzeitung“ vom 16. d. M. wegen des Leitartikels „Mf“.

— Das Zentrumsmittglied Reichstags- und Landtagsabgeordneter Trimborn ist in Köln gestorben. Im Reichstage vertrat er den Kreis Crefeld.

— Der Stöcker soll demnächst, wie das „Verf. Tagbl.“ berichtet, seines Amtes als Dopfprediger entbunden werden. Wir glauben das natürlich nicht, weil der Stöcker sich immer so bewegt hat, daß er seines Amtes würdig war.

— Von der Redaktion des Hamburger-Altonaer „General-Anzeiger“ erhielt die Redaktion des „Verf. Volkst.“ folgendes Schreiben: „Sie haben in Ihrer gestrigen Nummer die Mitteilung gebracht, daß ein früherer Geheimpolizist (Blaufächer) Wichmann als Reporter in unseren Diensten steht. Wir geben Ihnen dagegen davon Kenntnis, daß der Betreffende vor einiger Zeit allerdings als Altonaer Berichtshatter für uns thätig war und zwar nur probeweise auf einige Tage, daß wir ihn aber sofort entließen, als wir in Erfahrung brachten, daß er jemals mit der politischen Polizei in Verbindung gestanden hat. Wir rechnen auf Ihre Gerechtigkeitssinn, wenn wir hoffen, daß Sie Ihren Lesern von dieser Nichtstellung Nachricht geben werden, da es uns durchaus nicht gleichgültig sein kann, einen Menschen von der unehrenhaften Gesinnung des Wichmann noch zu den Unserigen gezählt zu sehen. Hochachtungsvoll ergebent Redaktion des General-Anzeigers für Hamburg-Altona: Lippowitz.“

Das „Hamb. Echo“ bemerkt dazu: „Der „General-Anzeiger“ ist jedenfalls schlecht unterrichtet gewesen über seinen Reporter Wichmann, wenn die Redaktion jetzt erst dessen frühere Beziehungen zur Polizei erfahren hat. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, ist die Entlassung Wichmann's die Folge eines energischen Protestes anderer Reporter des „General-Anzeiger“, welche die Redaktion vor die Alternative stellten, entweder Wichmann zu entlassen oder sich nach andern Berichterstattern umzusehen.“ — Nach dem der Etat des Reiches in dritter Lesung erliegt ist, liegt auch die endgültige Berech-

nung der Matrikularbeiträge vor, und die Einzelstaaten haben daher für ihre Etate die zahlmässige Grundlage, aus der sie die Höhe der ihnen schlichtlich zu Gute kommenden Ueberweisungen aus der Reichstasse erfahren können. Im Ganzen betragen sich für 1889/90 die Matrikularbeiträge auf 218 748 000 M., d. h. auf 627 000 M., weniger als für das Vorjahr. Davon kommen aus Preußen 128 288 000 M., auf Bayern 28 208 000 M., auf Sachsen 14 443 000 M., auf Württemberg 10 309 000 M., auf Baden 7 396 000 M., Hessen 4 344 765 M., Mecklenburg-Schwerin 2 611 000 M., Sachsen-Weimar 1 425 000 M., Oldenburg 1 555 000 M., Braunschweig 1 691 000 M., Anhalt 1 126 865 M., Hamburg 2 354 000 M., Cassel-Lothringen 8 122 000 M. Alle übrigen Staaten bleiben mit ihren Beiträgen unter einer Million Mark. Am wenigsten zahlt Schaumburg-Lippe, nämlich 168 000 M.

— Zeitungsverbot. Auf Grund § 12 des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, wird von der Hamburger Polizeibehörde zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß die Nr. 3 des zweiten Jahrgangs der periodischen Zeitschrift „Der Werkarbeiter“, verantwortlicher Redakteur Gustav Dräger in Bahrenfeld, Verlag von J. Brodmann in Hamburg, Druck von J. S. W. Diez in Hamburg, nach § 11 des gedachten Gesetzes seitens der Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Oesterreich.

— Während von den sogenannten Patrioten in Deutschland der Sozialismus als eine „nationale Gefahr“ verleumdet wird, zeigt das Beispiel Oesterreichs, daß der Sozialismus weit richtiger als ein Stützpunkt des Deutschthums zu betrachten ist, wie denn überhaupt der vornehmste Träger des Sozialismus in aller Welt zur Zeit der Deutsche ist. Bekanntlich tobt in Oesterreich-Ungarn der Sprachenkampf und zwar vorwiegend in den sogenannten „gebildeten“ Kreisen, jedenfalls in denjenigen Kreisen der Slaven und Deutschen, welche Vermögen haben. Die sozialistische Arbeiterpartei Oesterreich-Ungarns dagegen veripult von dem Nationalitätenhader nichts, denn sie ist sich der Solidarität aller Menschen bewußt und sie weiß gleichfalls, daß die „germanische Rasse“ gegenüber der slavischen vorderhand noch eine höhere Stufe der Kultur einnimmt, und weil die deutschen Sozialisten aus ihrer größeren Wissensfülle nicht das „Recht“ herleiten, den Slaven hochmüthig zu behandeln, sondern ihre Aufgabe vielmehr darin erblicken, ihn über das Bessere aufzuklären, ihn zu überzeugen von dem Nutzen einer höheren Kultur, so unterordnen sich die slavischen Sozialisten, und speziell die sonst so verhärrteten Tschechen, auch gern und ohne Bögen der deutschen Führung. So ist — wie das „Verf. Volkst.“ schreibt — der Sozialismus in Oesterreich-Ungarn thätigstlich ein Banner für deutsche Sprache und deutsches Wissen geworden. „Während in den oberen Regionen des Reiches Adel, Geistlichkeit, Großbürgertum, Gelehrthum, mit allen Mitteln der Intrigue und Bestechlichkeit sich Kenner, Würden und Einkünfte unter einander streitig machen, vollzieht sich in den unteren Schichten des Volkes, im arbeitenden Stande, eine steigende geistige Bewegung, der thätigstlich doch auch der materielle Erfolg werden muß.“ So wird sich die alte Schmar am Jungbrunnen der Arbeiterbewegung wieder aufrichten — bedarf es eines weiteren Beweises dafür, daß die Arbeiterbewegung der Welt ist, auf welchen sich die europäische Kultur retten wird? Nein, und wenn solche Zeichen nicht genug sind, der möge an den Volksspruch denken, welcher besagt, daß die Wölfer unter sich einig sind, und daß die Trennung der Völker, die Kriege und alle sonstigen vermeidbaren Weltübel nur verursacht werden durch die Intriguen, durch die Herrschsucht, durch den Egoismus der „höheren Gesellschaft“.

Station.

— Die Mailänder Friedensfreunde fordern mit einem Briefe Griespi auf, irgendetwas die gegen sie erhobene thörische Anklage zu rechtfertigen, indem sie ihrerseits Griespi bezichtigen, die Unruhen zu Angriffen auf das Versammlungrecht und zur Beleidigung des patriotischen Gesähle kräftigst zu haben.

Sociales.

— Auf der bayrischen Köh'n sind infolge der unzureichenden Ernährung die Lungenschwindsucht, der Magenkrebs, der Schnapsstift fortwährend im Zunehmen. In vielen Familien ist nach amtlichen Mittheilungen des Bezirksarztes Dr. Imhof in Brückenau das Mittagessen „eine Schüssel Kartoffeln und eine Maas Branntwein (verdünnter Spirit).“ Im allgemeinen ist der Speisetzel des Köh'ners folgendermaßen zusammengesetzt: „Sonntags: Erbsen, Kraut und Klose (halb aus gekochten, halb aus rohen Kartoffeln ohne Wed)“, an den Wochentagen: Erbsen, Klose, Milch, Brot, Reisluppe mit etwas Fett geschmält, dazu Kartoffeln und Brot oder Kartoffelkuchen (aus Gerstemehl, getriebenen Kartoffeln und Feste bereitet) oder Kuchen (ohne Eier und Milch gebacken) mit Kaffee, d. h. Lendentaffe (einem Surrogat). Fleisch wird das ganze Jahr nicht gekocht. Zur Erntzeit wird hier und da rohes Sauerkraut verzehrt.“ So zu lesen im „Generalbericht über die bayerische Sanitätsverwaltung“, Jahrgang 1880, Seite 93.

— Die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg zahlt für das Jahr 1888 wie im Vorjahre 180 Mrk per Aktie, d. h. 10 1/2 pCt. Dividende. Der Reingewinn, schreibt die „Allgemeine Zeitung“ in ihren Handelsstil, weist mit 656 826 M. 44 Pf. etwas über 24 pCt. des Aktienkapitals aus, und

solten hiervon 200 000 M. zu Abschreibungen verwendet, 100 000 auf Dividenden-Reserve verbracht, 30 000 M. für Arbeitermerkse ausgeworfen und 46,626 Mark 44 Pf. für Spezialreserve überwiesen werden. Der betrübende Revers dieser glänzenden Medaille ist die jammervolle Lage der Augsburger Textilarbeiter. Von früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr wird geschafft, abgesehen natürlich von den jahrelangen Ueberstunden. Die Beschäftigung ist eine sehr gesundheitsgefährliche, da sie eine reichlich fließende Quelle von Staubinhalations-Krankheiten, vor allem der Lunge ist. Der Lohn beträgt wöchentlich 8, sage und schreibe acht Mark im Durchschnitt. Die Baumwollweber Augsburgs im sechszehnten Jahrhundert waren sich lächerliche, unkräftige Gestalten, das ist im Jahre 1513 infolge der Kriege in Italien und den Niederlanden die Baumwollpreise sehr stiegen und die Geschäfte schlecht gingen, bei den Landbesitzern Dienste nahmen. Heute zählt die Augsburger Textilarbeiterschaft zu den physisch herabgekommenen Arbeiterkategorien, wie ein Blick in die Ergebnisse des bayerischen Ertragszählens sofort zeigen kann. Eine lächerliche Farce wird bei den geradezu kolossalen Gewinnen der Aktionäre und der gewaltigen Verzinsung des eingeleiteten Kapitals die 30 000 M. für „Arbeitermerkse“. Erstens ist die Summe sehr gering, und zweitens bleibt sie in den Anheims der Fabrik und ist der freien Verfügung der Arbeiter durchaus entzogen. Aber der Humber des Humanthums wird eben mitgemacht. Die 10 1/2 pCt. Dividende, das ist der Kafas, der die Herren lassen macht vor Freude.

Wie eine Pariser Gallerine lebt.

Nach dem Französischen.

„Lina! Lina! Wäst Du aufstehen?“ Ein langgezogenes Gähnen wird im Altkoven hörbar. Ein Arm erhebt sich aus dem Bette, verlängert sich, dann sinkt er schwerfällig zurück. Madame Chenn klopft einige Male mit ihrem Besen auf das Bettende. „Lina! . . . Es ist sechs Uhr. . . Lina!“ Diesmal hatte Eveline gehört. Sie steigt aus dem Bette und bleibt in der Mitte der Portierloge stehen. Sie ist noch von gestern geschminkt und indem sie sich die Augen reibt, verwischt sie die Tuchreste auf denfelben. „Nun! Das ist schön!“ ruft Madame Chenn aus. „Ich frage Dich, ob Du Dir gestern Abend nicht das Gesicht rein machen tonnest?“ „Ich habe keine Gold-Cream mehr gehabt.“ Madame Chenn wüthet. „Du hast kein Gold-Cream mehr gehabt! Ich habe Dir vorgehern eine Unze gekauft. Was hast Du damit angefangen? Doch nicht vergeffen?“ „Ich habe Marie Bourgard davon geliehen.“ „Warum hast Du ihr nicht gleich auch Deinen Unterrod gegeben?“ „Sie gab mir Seife.“ „Was kostet sie die Seife? Ihre Eltern sind Seifenstieber.“ „Enchlich habe ich. . .“ „Enchlich wirst Du immer Dummheiten begehen.“ „Aber, Mama.“ „Vorwärts, keine Geschichten! . . . An die Arbeit.“ Eveline tritt aus der Portierloge, den Besen mit sich schleppend, den ihr die Mutter in die Hand gab. Sie kehrt den Hof, geht zum Brunnen, schöpft zwei Eimer Wasser und hilft die Stiege aufzuwaschen. Während dieser Zeit ist Herr Chenn aufgefunden und hat Milch gekocht, Feuer angemacht, die Milch angewärmt, den Kaffee vorbereitet und nun ruht er seine Frau. Madame Chenn kommt, begleitet von Eveline, die Stiege herunter. Sie nimmt eine der Kaffeeschalen und setzt sich mit ihrem Gatten zu Tisch, während Eveline, auf einem wiedereren Stuhle sitzend, den Kaffeelopf zwischen den Knieen, ein großes Stück Brot in denselben taucht. „Sieh' da! . . . noch ein Attentat!“ „Wo denn?“ fragt Madame Chenn. „In der Rue de Vuella . . . Eine Frau, welche man ermordet in der Küche fand . . . Offenbar ein Pendant zum Morde in Passage Soulier!“ Eveline hatte sich genädert, ihr Haar stechend. Madame Chenn bemerkt sie und giebt ihr einen Stoß. „D. Mama!“ „Was. . . D. Mama? Schämst Du Dich nicht, noch zu dieser Stunde hier zu sein . . . Deine Lektion!“ „Ich werde mich nicht versipäten.“ „Fort, oder ich will Dir helfen!“ Ein Innworder tritt in die Portierloge. Wie, Madame Chenn, Sie zanten sich mit Ihrem Fräulein?“ „Sprechen Sie nicht von der, man muß immer hinter ihr her sein; ist das nicht niederträchtig? Ein Mädchen, welches bald vierzehn Jahre alt ist!“ „Schon? Wie das wächt!“ „Das wächt und schlägt aus.“ „Und die Oper? Sind Sie zufrieden!“ „Nur zufrieden, zufrieden. . . es ist nicht zu viel . . . sie ist ja schon fünf Jahre beim Ballet.“ „Fünf Jahre!“ „Ja, sie ist mit achteinhalb Jahren eingetreten . . . und ist noch immer nur in der ersten Quadrille . . . also ob sie nicht schon eine Koryphäe sein könnte!“ „Wie ist das möglich?“ „Weil es Ungerechtigkeiten giebt. . . Protection ist Alles . . . und man heist das in einer Republik leben!“ Hier unterbricht sie eine erste Stimme, es ist die ihres Gatten. Madame Chenn dreht sich lebhaft um. „Nun! Was denn? . . . Ist das nicht wahr, was ich sage?“ Herr Chenn zieht die Augenbrauen zusammen.

"Das ist möglich, aber Du hast es nicht nötig, Dich in Politik einzumischen. Du findest also, daß Deine Tochter wirklich nur neunhundert Franken verdient und nicht tausend?" "Es handelt sich nicht darum!" "Warum! Das scheint Dir egal zu sein. . . . Du bist nicht ehrgeizig, das muß man sagen. . . . Dann rufst sie Coeline zu: "Und Du . . . Worauf wartest Du? March zu Deiner Fektion!" Coeline hatte in eine kleine Ledertasche ein Paar Strümpfe, ein Mullkleidchen zum Tanzen, ein Korsett, ein Hemdchen, einen Kamm, einen Spiegel, ein Schokoladen-Poudre de Riz, ein Stück Brot, zwei Sardinen Kapsel und ein Flaßche rothgefärbten Wassers gelegt. Sie hat ihren Mantel umgehängt, ihren Hut aufgesetzt, sie umarmt ihren Vater und ihre Mutter und geht, leidet aber alsobald wieder zurück. "Was hast Du wieder vergessen?" "Mama, meine Medaillen!" Und ganz außer Athem führt Coeline in das kleine Kabinett und holt aus demselben drei Medaillen, von Heiligen und zwei kleine Kreuze, welche sie sich um den Hals hängt. Das sind ihre Fettsche. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Lübeck, 18. Februar. Die Sperr, welche am 14. November v. J. über das Schuhmacher-Gewerbe verhängt wurde, hat nun durch die Vereinbarung zwischen der Lohnkommission und dem Schuhmacher nach löblichem Bescheide endlich am 13. d. M. seinen Abschluß gefunden; es sind zwar nicht alle Bedingungen erfüllt, aber in der Hauptsache sind durchschüssig gestellt. Die Sperr, welche am 14. November verhängt wurde, ist nun aufgehoben. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen.

Die Lohnkommission der Köpfer Lübeck's. H. A.: Carl Wätrow, Köpfer, Wüsterstraße 33. Nr. Die Abrechnung erfolgt in nächster Zeit im "Berichtsbogen". An alle Arbeiter. Die Zeitungen des Berlins haben die Forderungen der Lohnkommission, die bisherige bewährte Organisation aufzugeben, mit Entzählung zurückgewiesen und demzufolge ihre Forderungen zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen.

Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen.

Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen.

Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen. Die Lohnkommission hat sich bereit erklärt, die Bedingungen der Sperr zu erfüllen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 19. Februar. Das Stützungsfest des Bürgervereins Bant findet nicht am Montag, den 4. März, sondern am Sonntag, den 3. März, statt.

Wilhelmshaven, 19. Februar. Mit der "staatlichen Fürsorge für die Arbeiter" beschäftigt sich ein offizielles Wochenblatt, den auch das Tageblatt abdruckt. Es wird darin hervorgehoben, daß im preussischen Etat 42 Millionen Mark für Bauten ausgeworfen seien und sich dadurch für die deutsche Arbeit ein lohnendes Feld der Thätigkeit öffnete. Ferner seien 156,7 Millionen für Eisenbahnbauten zc. in Aussicht genommen. Der Offiziosus meint, daß sich dadurch günstige Perspektiven für den Arbeitslohn und Arbeitsverdienst eröffnen, welche die durch die Kornzölle herbeigeführte Preissteigerung des Brodes ausgleichen würde. Die Arbeiter müßten nun diese günstige Entwicklung aber auch nicht stören und der Landwirtschaft, dem besten Kon-

umenten, seines Säuges, der Kornzölle, berauben wollen. Natürlich sagt der Offiziosus nicht dabei, daß die Gesamtheit der Arbeiter diese 42 und 156 Millionen erst in Form von Steuern aus ihrer Tasche in die des Staates spenden muß, damit einzelne Arbeiter dann einen geringen Bruchtheil in Form von Arbeitslohn wieder zurückerhalten können. Ebenso verweigert er, daß der Staat die Eisenbahnen nicht für die Arbeiter oder um der Arbeiter willen bauen läßt, sondern aus strategischen oder sonstigen Gründen, die mit einer "staatlichen Fürsorge für die Arbeiter" absolut gar nichts zu schaffen haben, und ferner vergißt er ganz und gar anzugeben, wie wenig die immerhin doch auch gemeinnützigen Zwecken dienenden Summen sich gegenüber den für Moloch Militarismus, der dem arbeitenden Volke das Mark aus den Knochen zieht, aufwendeten Millionen ausnehmen. Die an diese "staatliche Fürsorge" geknüpften Forderungen erstreckt sich als das charakteristische, was sie in Wahrheit sind, als das vollkommenste Blech, werden uns unsere Leser entlassen. Wir haben zum Ueberflusse nachgewiesen, daß durch die fort und fort in den Parlamenten neubewilligten Millionen die Arbeiter auch keinen Pfifferling mehr Lohn erhalten haben. Das gerade Gegenwärtige ist der Fall. Das offiziöse Lied von dem Steigen der Löhne singt man den Arbeitern schon seit Jahrzehnten vor. Sonderbar, daß sie davon noch nie etwas verspürt haben.

Wilhelmshaven, 19. Februar. Das Tageblatt entnimmt irgend einem Kartellblatt folgende Notiz: "Als ein erfreuliches Symptom der fortschreitenden Besserung unserer sozialen Verhältnisse ist der aus der Provinz Hannover berichtete Umstand anzusehen, daß dabeihit seit etwa fünf Jahren die Verurtheilungen zu Korrekzionen nachst in bemerkenswerthem Maße zurückgegangen sind. Während im vorigen Jahrzehnt die Zahl der zur Korrekzion Verurtheilten z. B. im Regierungsbezirk Hildesheim jährlich 500 betrug, sind im Laufe des Kalenderjahres 1888 nur noch 140 Personen (117 männliche und 23 weibliche Individuen) zum Zwangsaufenthalte in Arbeitshäusern und Besserungsanstalten verurtheilt; gegen 1887, in welchem 187 mit Korrekzion bestraft wurden, ergibt sich ein bedeutender Rückgang. Erwägt man hierbei, daß jumeist Arbeitstheile, gewerbemäßige Bettelle, tiefgesunkene Moral, in Summa Vagabondage die Veranlassung zur Korrekzion bieten, so sind Schlüsse auf Besserung in der öffentlichen Moral sowohl, als auch im Erwerbsleben der unteren Klassen berechtigt. Diese Erscheinung stellt einen erfreulichen Erfolg der Antihetelle-Vereine, Arbeiterkolonien, Herbergen zur Heimath, Verpflanzungsstationen zc. und der gesammten sozialpolitischen Geheggebung dar."

Der betreffende Zeitungschreiber, welcher diesen Lobgesang auf "unsere Sozialpolitik" in die Welt geschickt hat, muß wirklich nicht die blasseste Ahnung von den wirklichen Verhältnissen haben, sonst würde er solchen Wohlthun nicht in die Welt legen. Erheut ist die Zahl der zu Korrekzionen verurtheilten "Vagabonden" nicht abhängig von der mehr oder weniger großen Zahl der letzteren, sondern von der "Schneidigkeit" der Herren Amtsrichter, welche sehr unterschiedlich in Bezug auf die Bestrafung der Bettler und Vagabonden urtheilen. Während einzelne jeden "Bettler", welcher einige Portrasien wegen des gleichen Vergehens verübt hat, der Landespolizeibehörde, und somit dem Korrekzionshause überweisen, verzichten andere prinzipiell darauf, weil sie der Meinung sind, daß aus sonst vielleicht harmlosen Handwerksburschen im Korrekzionshause erst Vagabonden gemacht werden. Wenn die sozialen Verhältnisse nach der Zahl der Korrigirten bemessen werden könnten, dann müßte in Wintermonaten das reine Elendium zu finden sein, denn dort ist die Zahl der Korrigirten gleich Null. Seiner Dummheit und Unwissenheit sezt der Zeitungschreiber aber die Krone auf, indem er schreibt: daß jumeist Arbeitstheile, gewerbemäßige Bettelle, tiefgesunkene Moral, in Summa Vagabondage die Veranlassung zur Korrekzion bieten. Gerade im vorigen Jahrzehnt wurde in Bezug auf Unterbringung in eine Korrekzionanstalt das Bemühen möglichste geleistet und davon junge Handwerker, welche kaum einige Wochen die Mutter verlassen hatten, betroffen, wenn sie unglücklichweise zwei oder drei Mal heim "Rechten", erwidert wurden. Von "Arbeitslosen, gewerbemäßiger Bettelle und tiefgesunkener Moral" kann also keine Rede sein. Die Arbeitshäuser füllten sich nun rapid, so daß man zuletzt gar nicht mehr wußte: nich mit all dem Segen. Man sah schließlich ein, daß man mit dieser Praxis die "Vagabonden" nicht aus der Welt schaffte, sondern immer neue großjog und ließ deshalb eine Milderung eintreten. So erklärt sich ganz einfach die Abnahme der Korrigirten. Die Antihetellevereine, Arbeiterkolonien, Herbergen zur Heimath und die sozialpolitische Geheggebung haben damit gar nichts zu schaffen. Die "Herbergen zur Heimath" liefern gerade so gut das Material für die Arbeitshäuser als andere Sammelplätze der arbeitslosen Handwerker, denn sie gemähren den arbeitslosen wandernden Handwerksburschen nichts weiter als Verpflegung und Schlafstätte gegen anständige Bezahlung. Das können diese an anderer Stelle auch haben. Eripflichtliche Arbeit und damit Befreiung vom Vagabondenleben bieten ihnen die "Herbergen zur Heimath" ebensowenig als Arbeiterkolonien und "unsere sozialpolitische Geheggebung".

Wilhelmshaven, 19. Februar. Verschiedenen Mitgliedern des Bundes christlicher Männer und Jünglinge ist vom Herrn Pastor Jahn ein Schreiben jugestellt worden, daß ihre weitere Mitgliedschaft von gewissen Bedingungen abhängig gemacht werden müßte. Eines dieser Schreiben, welches wir zur Erheiterung unserer Leser abdrucken, lautet:

Herrn R. R., Wohlgebornen. Em. Wohlgebornen haben beantragt in den Bund ev. Männer zc. aufgenommen zu werden. Da Em. Wohlge-

gehoren der Jraealitäen Religion angehören, so könnte Ihre Aufnahme erst nach erfolgter Taufe stattfinden. Andererseits sind Em. Wohlgebornen Sozialdemokrat, ein evangelischer Christ kann den Grundfäden der Sozialdemokratie nicht huldigen, also selbst nach vollzogener Taufe müßte Ihre Aufnahme in unsern Bund abgelehnt werden, es sei denn, daß Sie sich öffentlich von den sozialdemokratischen Grundfäden lossagen. Bis Em. Wohlgebornen sich ausdrücklich schriftlich verpflichtet haben, vorkommende Bedingungen zu erfüllen, müssen wir Sie bitten, sich unserer Verammlung fern zu halten. Der Ausschuß des evang. Männer- und Jünglingsbundes. J. A.: Jahn's, Pastor.

Ein anderes hat folgenden Wortlaut: Herrn R. R., Wohlgebornen. Em. Wohlgebornen haben am 10. d. M. beantragt, in den "Bund evang. Männer" aufgenommen zu werden. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob Em. Wohlgeb. nicht sozialdemokratischen Grundfäden huldigen, welche mit dem "evang. Christenthum" unserer Zeit nach unvereinbar sind. Sollte Letzteres der Fall sein, so müssen wir Em. Wohlgebornen zu unserm Bedauern eruchen, sich von unsern Verammungen fern zu halten, es sei denn, daß die vorher schriftlich und in der Verammlung öffentlich mündlich erklären, auf dem Boden unseres evangelischen Glaubensbekenntnisses zu stehen und mit der Sozialdemokratie nichts zu thun haben zu wollen. Der Ausschuß des "Bundes ev. Männer zc."

In beiden Schreiben muß man den Scharfblick des Herrn Pastors bewundern; er würde einem Bedenkenfeler à la Cumberland zur Ehre gereichen. Ohne sich nach dem Tauschchein oder der Religionsangehörigkeit und politischen Parteistellung der Excludirten auch nur erkundigt zu haben, fällt der Herr ein so gewichtiges Urtheil. Oder sollte der Herr Graf v. Lütichow dem Herrn Pastor sein amtliches Wissen bezüglich der beiden Ungläubigen mitgetheilt haben? A propos! Der Herr Graf soll einmal dahin ausgesprochen haben, daß er bezüglich der sozialdemokratischen "Umtriebe" besser unterrichtet sei als die oberbürgerlichen Behörden, hat nun aber von bidein seinen Wissen bisher Nichts vorlauten lassen. Hoffentlich beizt er sich damit, um noch vor Ablauf des Sozialjahres sein "Material" verwertben zu können. Zur Beschaffung recht interessanten Materials über "gemeingefährliche Umtriebe" empfehlen wir das Faktotum des Kommissars Engel in Altona, den Klausfärber Widmann, welcher vom Sonntagspublauerer des "Hamb. Echo" mit folgender lieblichen Strophe angegangen wird:

"Der Färber Widmann, der war schlau,
Der färkte alle Leute blau;
Doch jetzt kommt Ignaz Auer,
Der färbt ihn noch viel blauer!"

Widmann hat eine langjährige Polizeierfahrung hinter sich, ist in der Beschaffung von "Material" fern und augenblicklich ohne Stellung, da er vom "Generalangeier" an die Luft gesetzt werden mußte. — In der letzten Sitzung des Bundes der evangelischen Männer zc. konnte der Herr Graf leider nicht erscheinen, zum großen Leidwesen der anwesenden Lehrjungen, welche er in voriger Verammlung in so splendor Weise mit Freibier traktirte. Als Verammungsgast wurde im Laufe der Verhandlungen das Vokal des Herrn Hug, "Der Arche" in Bant in Vorschlag gebracht, vorläufig aber beschloßen, im Speisehause weiter zu tagen. Von Seiten eines Jünglings wurde beantragt, Herrn Bierverleger Jangmann zum Vorsitzenden zu wählen, er würde dann hoffentlich das Bier für die Vereinsabende etwas billiger liefern. Man kam schließlich dahin überein, die bi-bergien Leiter des Unternehmens weiter im Amte zu belassen. Wie wir hören, ist auch der Rahneberg Mitglied des Vereins geworden. Bezüglich "des christlich-fittlichen Lebenswandels" sollen bei ihm Bedenken nicht laut gemorden sein.

Neubremen, 19. Februar. Das gefriste Karrenfest des Vereins "Frohinn" in der "Germaniahalle" war recht gut besucht und nahm einen äußerst gemüthlichen Verlauf, so daß der Verein mit dem Erfolg des Vergnügens wohl zufrieden sein kann.

Neubremen, 19. Februar. Der Konsum-Verein Bant eröffnet am 2. März die Filiale Neubremen. Beitrittserklärungen nimmt der für dieselbe gemälste Lagerhalter, Herr Lehmann entgegen.

Standesamtliche Nachrichten

der Gemeinde Bant vom 1. bis 15. Februar 1889.
Geboren ein Sohn: Dem Schiffbauer G. J. Ch. Jung, dem Werftarbeiter A. Scherer, dem Tischler R. H. Ramm, dem Schlosser C. A. H. Wedemeyer, dem Arbeiter C. A. Weichert, dem Werftarbeiter H. M. C. Kraft.
Eine Tochter: Dem Kupferhändler J. W. A. Schröder, dem Bädermeister J. E. Jansen, dem Schriftföhrer A. A. Brauns, dem Arbeiter Th. J. Karren, dem Bädermeister C. H. J. Hrens, dem Kupferhändler C. W. Klaus, dem Schmied J. Krause, dem Zeichner B. D. Krause, dem Maurer A. H. W. C. Dube. (Anderem wurden 2 außereheliche Geburten (Knaben und Mädchen) angemeldet.
Aufgebeten: Der Malermeister J. J. Hrnisch, Wittwer, zu Bant und A. H. Collmann zu Knipphausen. Der Schuhmacher J. H. Hülbeus und G. J. Lohr, Beide zu Bant. Der Schiffzimmermann R. A. Breitfeld und E. E. Hoff, Beide zu Heppens, der Geschäftsföhrer R. G. W. Nütius und J. J. W. Uffemann, Beide zu Bant.
Eheschließungen: Der Maler C. E. Th. Biermann und Ehef. J. Wenschen, geb. Over, Beide zu Bant. Der Werftarbeiter J. J. Balken, per. Arnold und E. S. Müller, Beide zu Bant. Der Eisenarbeiter G. H. W. Kerstendroff, Wittwer, und Ehef. G. H. Sted, geb. Jansen, Beide zu Bant.
Geburten: Die Wittwe C. W. Weife, geb. Over, 31 Jahre alt. Sohn des Uhrmachers G. A. M. Wolke, 4 Jahre alt. Sohn des Schiffbauers J. H. E. Schütt, 2 Jahre 9 Monate alt. Sohn des Werftarbeiters J. Ralmswolt, todtgeboren.

96 Zur Confirmation

empfehle
schwarze Cachemires
und moderne
farb. Kleiderzeuge
nebst Besätzen.

Confirmanden-Anzüge
nach Maß.
Wilh. Blau,
Neubremen.

Wegen Aufgabe meines
50 Pf.-Bazars
werden sämmtliche noch vor-
rätigen Gegenstände zu und
unter Einkaufspreisen ver-
kauft.

Albert Werner.

Zweites Erscheinen in zweiter Auflage:
**Die Stellung des Reiches
zur sozialdemokratischen Partei.**
Schriften eines nationalliberalen
Reichstagsmitgliedes
an den ehemaligen Redacteur der unter-
den „Hamburger Rundschau“ und An-
wort des Gegners.
(Verlag von Hermann Gröning,
Hamburg.)
Zweite Auflage. In Umschlag elegant
gebunden 30 Pf.
Die unheilvolle Fission zwischen den
sozial-reformatorischen Bestrebungen der
Reichsregierung und denen des deutschen
Volkes wird eingehend besprochen und der
Weg gezeigt, wie dieser verberblichen Spal-
tung Einhalt gethan werden kann. Die
vor 100 Jahren der dritte Stand sich nur
deshalb gewaltsam aus den Fesseln des
edlen Adels und seines Anhangs befreien
musste, weil man zu blind und matt war,
um ihm mit Freuden zu gewähren, was
die geschichtliche Tagesordnung ihm als
gutes Recht zuwies, so ist es jetzt an der
Zeit, dem vortien Stande, der Hauptstütze
des Staates, freiwillig und geschmacklos
das ihm gebührende Recht einzuräumen.
Zu beziehen durch die
Expd. des „Nordd. Volksbl.“

Gifffreie Farben
für den Hausgebrauch

zum Auffärben und Aufbärten von Kleidern
und Möbelstoffen, Wägen, Bändern etc.
empfehlen in reicher Auswahl zu billigen
Preisen

Rich. Lehmann,
Wilhelmshaven und Bant.

**Ein Posten
Parchend-Hemde**
traf soeben ein.

Für Jünglinge Stück 70, 80, 90 Pf.,
1 und 1,10 M.
Für Männer Stück 0,80, 1,00, 1,25,
1,50, 1,75, 2,00, 2,25 und 2,50 M.

Aus gutem Stoff und gut genäht.
H. F. Peper,
Bismarckstr. 6. Bismarckstr. 6.

Sauerkohl
per Pfund 8 Pf., 3 Pfund 20 Pf.,
Seife, grüne
pr. Pfd. 17 Pf.

Kernseife
per Pfund 20 Pf., bei Mehrabnahme billiger,
Soda
5 Pfund 25 Pf.

C. Heilemann,
Neubremen.

Meine
Bier-Wirthschaft
halte einem geehrten Publikum bestens empfohlen.
Führe nur gut gepflegte Biere.
Auch empfehle einem geehrten Publikum einen kräftigen bürgerlichen
Mittagstisch.
G. Heilemann, Neubremen.

Cigarren
schön abgelagert und sehr preiswerth en gros & en detail empfiehlt
S. H. Meyer,
Bismarckstr. 63, Neustr. 8, Noonstr. 63, Wallstr. 24.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingehaltenen deutschen,
französischen, spanischen und portugiesischen

WEINEN.

Gute Qualitäten in Rum, Arrac und Cognac. Ich em-
pfehle ferner vorzügliche Liqueure und Branntweine, besonders
empfehle ich einen reinen ungetauften

Kornbranntwein,
als Richtenberger Doppelkorn, Doornkaat, 1863er
Alter Korn, Steinhäger etc.

Paul Hug, „Zur Arche“.

Die
Buchdruckerei von F. Kühn
Bant-Wilhelmshaven, Adolphstrasse
empfehlen sich zur
Anfertigung von Druckerarbeiten jeder Art
als:
Rechnungen, Adresskarten, Preis-Courants,
Quittungen, Visitenkarten, Statuten,
Formulare, Einladungskarten, Programme,
Tabellen, Mitgliedskarten, Festzeitungen,
Cirkulare, Couverts, Placate,
Etiquettes, Briefbogen. u. s. w.
Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Wir empfehlen unser sehr feines
helles Lager-Bier
in Flaschen 33 Stück für 5 Mark, in Fässern von 10—100 Liter
21 Mark frei in's Haus,
24 Flaschen Kaiserbräu 3 M., per Liter 25 Pf.
Brauerei Friis, Filiale Wilhelmshaven.

Unentbehrlicher Briefsteller
für den
deutschen Handwerkerstand
und alle Gewerbetreibende.
Enthält sämmtliche vorkommende Schrift-
stücke, Titulaturen, und Auskunft über alles,
was der Handwerker von der Gewerbe-
ordnung, dem Handelsgelehrbuch und dem
Wechselrecht kennen muß. Nebst Porto-
Taxe, Gebühren-Tarif für Telegramme, Ge-
wichtige Maße etc. von Wilh. Crempenan.
216 Seiten hart.
Elegant broschirt Preis 1 M. 50 Pf.
Zu beziehen durch die Carl'sche Buch-
handlung, Wilhelmshaven, Bismarckstr. 6.

Empfehle:
Naß- und Flaschen-Bier
aus der
Dampfbrauerei von Th. Jettötter
in Jever,
in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
Feines Lagerbier 33 Pf. 3 M.,
Bayrisches Gebräu 27 Pf. 3 M.,
Feines böhmische Gebräu 30 Pf.
3 Mark.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59,
1 Zerppe.

Gesucht
ein Sohn rechtlicher Eltern als
Lehrling
für mein Schuhwaaren-Geschäft
J. G. Gehrels.

Zu vermieten
eine Wohnung in Bant zum 1. Mai.
Preis 135 Mark.
Gustav Junge, Weststr. 21.

Eine Bäckerei
in bester Lage Wilhelmshavens ist zum 1.
Mai d. J. zu vermieten. Zum Be-
triebe derselben ist das vollständige Inventar
vorhanden.
Wo? ist zu erfahren in der Expd. des
„Nordd. Volksbl.“

ff. Thee
(schwarzer Souchong)
per Pfund 1,60, 2, 2,40 und 3 Mark,
sowie
do. hochfein in Packeten
pr. Pfd. 3,20 u. 5 M.
Ferner:

ff. Chocolate und Cacao
in Büchsen und lose
hält bestens empfohlen
E. Gottwald.

Ammerländ. Speck
sowie
Roch-Mettwurst
pr. Pfd. 70 Pf. zu haben bei
E. Gottwald.

Große Auswahl in
Särgen
sowie in
Leichenbelleidungs-Gegenständen
hält stets vorrätig
H. D. Hayungs,
Berf. Götterstraße.

Pflaumen
pr. Pfd. 12, 16, 25 Pf.,
Ammerländischen Speck
pr. Pfd. 70 Pf.,

Kochmettwurst
pr. Pfd. 70 Pf.,

Block-Wurst
per Pfund 1 M., bei Abnahme größerer
Quantitäten billiger
empfehlen
C. Heilemann,
Neubremen.



Albert Werner.
Bringe mein Lager in
**Möbeln, Spiegeln und
Polsterwaaren**
in gütige Erinnerung.
H. D. Hayungs,
Berf. Götterstraße.

Gedaartes Gemüse
empfehlen
Joh. Freese.
Täglich frische Milch.
Neubremen, Bremerstr. 4.

Die erste große Sendung
**Damen- & Mädchen-
Regen-Mäntel**
in neuen Facons, guten Stoffen, sowie in
solider eleganter Ausführung ist eingetroffen.
B. H. Bührmann,
Konfektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Ein kleiner, fast neuer
Kochofen
ist sehr billig zu verkaufen.
Bant, Oldenburgerstr. 16a.

Schulacht Neubremen.
Mittwoch, 20. d. M., Nachmittags
von 2 bis 8 Uhr:
Sebung d. Schulumlage
vom Nachtrag pro 1888/89
in meiner Wohnung, Grenzstraße Nr. 47.
Der Rechnungsführer.